

AKTUELL

GEFÄNGNIS

Suizid mit Nuancen

Thorsten Fuchshuber

Die Todesursache von Kim Evrard war eindeutig Selbstmord, erfuhren am Mittwoch die Abgeordneten der Commission juridique. Ob er zu verhindern gewesen wäre, darüber gibt es jedoch weiter Streit.

Der große Showdown, den manche vielleicht erwartet hatten, blieb aus. Am Mittwoch früh hatte sich Gefängnisdirektor Vincent Theis vor der juristischen Kommission eingefunden, um wegen der jüngsten Todesfälle in Schressig Rede und Antwort zu stehen. "Die bisherige Darstellung kann nach diesen Auskünften so nicht ganz stehen bleiben", resümiert Félix Braz gegenüber der woxx die Unterredung.

Das grüne Kommissionsmitglied spricht von "detaillierten Informationen aus dem privaten Bereich" des Suizidopfers, "die ich so nicht weitergeben möchte". Die Sichtweise, Kim Evrard sei mit dem Wissen der Behörden "über Jahre sexuell missbraucht" worden, sei nicht zutreffend, die Realität sei "nuancierter".

Gefängnisdirektor Theis hatte zuvor immer wieder versichert, er blicke der Anhörung ungeduldig entgegen, um die Dinge richtig stellen zu können. "Was unseren Beruf am schwersten macht, ist das dumme Geschwätz der Leute, die keine Ahnung haben, was hier passiert", schimpfte er vor Kurzem in der Revue. "Die Ant-

worten, die er gegeben hat, haben auf mich vernünftig und einleuchtend gewirkt", bestätigte denn auch Braz, der Theis attestierte, dass er unter den gegenwärtigen Bedingungen "einen schwierigen Job" zu verrichten habe. Ein endgültiges Urteil zu fällen sei aber die Sache der Staatsanwaltschaft. Weniger versöhnlich äußerte sich Xavier Bettel (DP), der für die woxx nach der Sitzung nicht zu sprechen war, gegenüber dem "Quotidien": Er insistiert auf der sträflichen Untätigkeit von Gefängnisdirektion und Staatsanwaltschaft angesichts der brieflichen Hilferufe Evrards.

Hart ins Gericht geht Félix Braz seinerseits mit Justizminister Frieden. Dieser habe anlässlich des Ausbruchs von Nuka Kujtim vor einigen Monaten ein Spektakel rund um die vermeintlich mangelnde Sicherheit des CPL inszeniert. Dabei sei auch ein - ursprünglich nicht vorgesehener - "sehr hoher Geldbetrag" in die sicherheitstechnische Aufrüstung von Schressig geflossen. Habe der Minister damals

für diese Maßnahmen viel Beifall erhalten, fänden sich unter den selben Claqueuren heute viele, die nun nach Sozialarbeit statt Stacheldraht riefen. Braz fühlt sich deshalb in dem bestätigt, was seine Fraktion schon immer gefordert habe: "Prioritär sollten die Investitionen im Strafvollzug in die Arbeit mit den Häftlingen fließen."

Der grüne Abgeordnete wirft dem Justizminister zudem Versagen bezüglich des geplanten Untersuchungsgefängnisses vor. Die Frage nach der Platzierung des Neubaus könne nicht im Alleingang beantwortet werden, sondern sei Teil einer schwierigen Debatte. Um größere parteipolitische Konflikte zu vermeiden sei es unumgänglich, sich zunächst darüber zu einigen, nach welchen Kriterien dieses Grundstück gesucht werde. Entsprechende Gesprächsangebote habe Frieden zwar angenommen, aber nie verwirklicht. Laut Braz ist der geplante Bau für eine Entspannung in Schressig zentral - Frieden sei jedoch seit Monaten untätig.

SICHERHEITSPOLITIK

„Grundwerte werden in Frage gestellt“

Interview: Thorsten Fuchshuber

Dr. Rolf Gössner gilt als einer der profiliertesten Kritiker der EU-Sicherheitspolitik. Er warnt vor einer zunehmenden Militarisierung der Inneren Sicherheit.

woxx: In einem Interview Mitte des Jahres sprachen Sie davon, dass es in Deutschland keinerlei konkrete Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus gibt. Nun wurde die Planung eines Anschlags durch die sogenannte „Dschiha-Union“ vereitelt. Haben Sie den islamistischen Terror verharmlost?

Dr. Rolf Gössner: Deutschland gilt seit Jahren als Teil eines globalen Gefahrenraums mit abstrakter Gefährdungslage. Spätestens nach den Kofferbombenfundes 2006 und den neuesten Festnahmen ist der islamistische Terror näher gerückt. Ich habe nie behauptet, dass es in Deutschland keine Bedrohung gäbe. Aber ich kritisiere, dass angesichts diffuser, relativ selten manifester Gefahren die herrschende Sicherheitspolitik so tut, als befänden wir uns im Antiterrorkrieg. Davon zeugen die meines Erachtens

überzogenen Antiterrorgesetze, -maßnahmen und -pläne der letzten Jahre, die der Sicherheit der Bürger dienen sollen, aber mit Sicherheit ihre Freiheitsrechte einschränken.

Was beunruhigt Sie am meisten an der aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklung?

Es muss jeden Bürgerrechtler beunruhigen, wenn im Namen des Antiterrorkampfes demokratisch-rechtsstaatliche Errungenschaften und zivilisatorische Grundwerte in ihrer Substanz in Frage gestellt werden - Grundwerte, die lange Zeit mühsam und unter schweren Opfern erkämpft worden sind. Oberste deutsche und europäische Gerichte mussten inzwischen schon zahlreiche Gesetze und Maßnahmen für verfassungswidrig erklären.

In Ihrem Buch kritisieren Sie nicht nur einzelne Maßnahmen, sondern sprechen von einem weitreichenden strukturellen Umbau des Systems der Inneren Sicherheit in Europa. Worauf zielt dieser Umbau ab?

Wir erleben eine zunehmende Militarisierung der „Inneren Sicherheit“ sowie eine Zentralisierung und Vernetzung aller Sicherheitsbehörden - auf EU-Ebene und in einzelnen EU-Staaten. Nehmen Sie etwa den Bundeswehreininsatz im Inland, wie er anlässlich der Proteste gegen den G-8-Gipfel geprobt worden ist. Diese Entwicklung läuft auf eine Entgrenzung staatlicher Macht hinaus und damit auf eine demokratisch nur schwer zu kontrollierende Machtfülle der Sicherheitsapparate.

Wird Ihrer Meinung nach in der Öffentlichkeit genug darüber debattiert?

Zumindest in den Medien wird darüber ausgiebig debattiert - wenn auch manchmal in die falsche Richtung, zumindest dann, wenn reflexartig nach neuen Gesetzen geschrien wird. Aber es gibt auch warnende Stimmen. Und es gibt eine nicht zu unterschätzende Opposition gegen weitere Aufrüstungspläne - so gegen die Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten.

Auch die Kritik an der Sicherheitspolitik mit der dauernden Warnung vor dem „totalen Überwachungsstaat“ klingt bisweilen leicht überdreht. Müsste man stattdessen gezielter das Verhältnis von Mittel und Zweck von bestimmten Gesetzen hinterfragen?

Die Warnung vor einem „totalen Überwachungsstaat“ ist sicherlich überzogen. Tatsächlich wird aber der von Ihnen angesprochene Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit sträflich vernachlässigt. Und obwohl niemand Notwendigkeit und Effizienz all der bereits in Kraft gesetzten Antiterrorgesetze abschätzen kann, werden immer wieder neue Gesetze produziert - ohne zuvor eine unabhängig-kritische Bilanz der bisherigen Antiterrorgesetze gezogen zu haben und ohne zu bemerken, dass es längst ein Vollzugsdefizit gibt.



Dr. Rolf Gössner ist Rechtsanwalt und Publizist und Präsident der „Internationalen Liga für Menschenrechte“. Vor Kurzem erschien sein Buch „Menschenrechte in Zeiten des Terrors“. Am Donnerstag, dem 27. September wird er an einem Rundtischgespräch zum Thema „Sicherheit und Antiterrorpolitik in der EU“ teilnehmen, das gemeinsam von forum und déi Lénk organisiert wird. Beginn ist um 19.30 Uhr im Casino syndical in Luxemburg-Bonneweg (Salle Joseph Junck).

Foto Heide Schneider-Sonneman